Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 70 (1990)
Heft: 6

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Wende in Griechenland

Comeback der Nea Dimokratia mit schweren Hypotheken

Vom 18. Juni 1989 bis zum 8. April 1990 machte Griechenland eine Periode der politischen Instabilität durch. Die Parlamentswahlen vom 18. Juni 1989 bestätigten den von beinahe allen Beobachtern prognostizierten Autoritätsverlust Andreas Papandreous. Aus dem Urnengang für die Neubestellung des nationalen Parlaments ging die von Kostas Mitsotakis angeführte, teils rechtsgerichtete, teils zentristische oppositionelle Nea Dimokratia als stärkste Partei hervor. Sie verfehlte indessen ihr Ziel, die absolute Mehrheit der Sitze zu erringen. Für die seit 1981 regierende Panhellenische Sozialistische Bewegung (Pasok) Andreas Papandreous bedeutete das Ergebnis dennoch eine Niederlage.

Am 2. Juli 1989 endete nach einigem Seilziehen die beinahe achtjährige Ära Papandreou. Das amtierende Kabinett der Pasok wurde durch eine Übergangsregierung der Nea Dimokratia und der vorwiegend prokommunistischen Allianz der Linken und des Fortschritts abgelöst. An der Spitze des neuen Kabinetts stand der Neodemokrat Tzannis Tzannetakis[1]. Die Hauptziele jener «unorthodoxen» Koalitionsregierung bestanden in der «Katharsis», — der Einleitung der Prozeduren zur Abklärung verschiedener Skandale, in welche Pasok-Politiker involviert waren, und in der Demokratisierung des Staatsapparates. Die Bildung der Regierung Tzannetakis war eine Notlösung. Die Aufgabe des Kabinetts war von vornherein zeitlich und inhaltlich begrenzt. Deswegen war jene Regierung auf wichtigen Sektoren aktionsunfähig. Zu ihnen gehörte nicht zuletzt die Wirtschaftspolitik, wo die «Philosophie» der Nea Dimokratia und des Linksbündnisses in manchem Punkt auseinanderklafften.

Als weitgehend aktionsunfähig erwies sich auch die nach den vorzeitigen Parlamentswahlen vom 5. November 1989 gebildete «Allparteienregierung» (nach hellenischem Sprachgebrauch: «ökumenische Regierung») unter dem Vorsitz des 85jährigen international bekannten Wirtschaftsfachmanns Xenophon Zolotas. Das Kabinett Zolotas wurde von den drei grössten politischen Formationen des Landes (Nea Dimokratia, Pasok, Linksallianz) getragen. Die «ökumenische Regierung» stellte ebenfalls eine Notlösung dar. Ihre Bildung wurde notwendig, weil die Nea Dimokratia erneut ihr Ziel verfehlte, die absolute Mehrheit der Sitze zu erringen. Am 8. April 1990 kam es dann zum entscheidenden Urnengang. Die Partei Mitsotakis' errang dabei etwa 47 Prozent (November 1989: 46,19 Prozent) der Stimmen und 150 (November 1989: 148) der insgesamt 300 Parlamentssitze. Das war ein eindrückliches Resultat, das nur wegen der Eigenart des weitgehend

auf dem einfachen Proporz beruhenden Wahlsystems und des wahltaktischen Schulterschlusses der beiden anderen wichtigen politischen Formationen (Pasok und Linksallianz) als knapper Sieg aussah.

Dank der Unterstützung der von Kostis Stefanopoulos geleiteten kleinen Demokratischen Erneuerung (Diana), die einen Sitz im neuen Parlament errang, erhielt Mitsotakis am 10. April 1990 vom Präsidenten der Republik, Christos Sartzetakis, den Regierungsauftrag. Stefanopoulos' Partei ist aus der Nea Dimokratia hervorgegangen. Der Diana-Führer gehört ideologisch-politisch eigentlich zur Rechten, verfolgte aber seit seiner Trennung von der Nea Dimokratia einen Kurs des Lavierens zwischen den beiden «Giganten», das heisst zwischen Mitsotakis und Papandreou. Stefanopoulos hätte eine Regierungskoalition der Nea Dimokratia und der Pasok vorgezogen. Er unterstützte indessen seinen einstigen Rivalen Mitsotakis, im Bestreben, dem Lande die Unregierbarkeit zu ersparen. Stefanopoulos lehnte allerdings das Angebot Mitsotakis' ab, Regierungsmitglied zu werden. Auch eine Regierungsbeteiligung durch ihren einzigen Abgeordneten oder durch einen anderen Vertreter lehnte die Diana ab. Die Splitterpartei stützte die Regierung Mitsotakis unter der — ziemlich vage formulierten — Bedingung, dass der Staatsapparat pluralistisch sein sollte. In der Nacht vom 26. auf den 27. April 1990 sprach das Parlament dem Kabinett Mitsotakis das Vertrauen aus. Dafür stimmten die 150 Mitglieder der Fraktion der regierenden Nea Dimokratia, der Diana-Abgeordnete und einer der zwei muslimischen Parlamentarier Westthrakiens. Dagegen votierten 124 Abgeordnete der Pasok, die 21 Parlamentarier der Linksallianz und die Vertreterin einer Ökologengruppe. Der zweite muslimische Deputierte enthielt sich der Stimme. Ein Pasok-Abgeordneter nahm wegen Erkrankung an der Parlamentssitzung nicht teil.

Der unterschätzte Mitsotakis

Für Kostas Mitsotakis bedeutete das Vertrauensvotum den Höhepunkt einer bewegten Laufbahn. Der 1918 in Chalepa, einem Vorort von Chania (Kreta), geborene Führer der Neodemokraten kommt vom Liberalismus des grossen Staatsmannes Eleftherios Venizelos her. Seine Grossmutter väterlicherseits war eine Schwester Venizelos'. Als junger Mann nahm Mitsotakis auf seiner Heimatinsel am Widerstand gegen die Nazis teil. Er gehörte der «nationaldenkenden» Widerstandsorganisation EOK an, war aber um einen Modus vivendi mit der weitgehend von den Kommunisten kontrollierten Résistance-Bewegung EAM stark bemüht. Nicht zuletzt wegen der versöhnlichen Haltung Mitsotakis' kam es auf Kreta unter den Widerstandskämpfern nicht zu jenen bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen, welche das Geschehen auf dem hellenischen Festland prägten.

In der Nachkriegszeit war Mitsotakis bei der Formierung der zentristischen Kräfte massgebend beteiligt. In den sechziger Jahren gehörte er zu den bekanntesten Exponenten der von Georgios Papandreou, dem Vater des heutigen Pasok-Führers, geleiteten Zentrumsunion. Wie auch andere alteingesessene Zentrumspolitiker empfand er damals den vom Vater protegierten und geförderten Amerikagrie-

chen Andreas Papandreou als Eindringling. Im turbulenten Sommer 1965 brach Mitsotakis mit der Zentrumsunion. Jene «Apostasie»[2] wird ihm in bestimmten Kreisen heute noch übelgenommen. Doch Mikis Theodorakis, der sich trotz seiner heutigen Verbindung mit der Nea Dimokratia nach wie vor als Linker versteht, meint in seinem Vorwort zu einer vor einiger Zeit erschienenen politischen Biographie Mitsotakis', die Apostasie-These beruhe weitgehend auf Vorurteilen.

Während der Zeit der Athener Militärdiktatur (1967—1974) übte Mitsotakis als Exilpolitiker an den Praktiken der Junta scharfe Kritik. Er plädierte damals für die Wiederherstellung der Demokratie durch die Übernahme der Regierungsverantwortung durch Konstantinos Karamanlis. Als die «Lösung Karamanlis» im Sommer 1974 realisiert wurde, blieb Mitsotakis zuerst ausserhalb der Nea Dimokratia. An den Parlamentswahlen vom November 1977 nahm er als Führer der kleinen Neoliberalen Partei (Neofileleftheron Komma) teil. Von jenen Wahlen erhoffte sich Karamanlis einen «triumphalen Erfolg». Seine Erwartung ging nicht in Erfüllung. Die Nea Dimokratia errang zwar die absolute Mehrheit im Parlament (173 Sitze), sah aber ihren Stimmenanteil auf 41,85 Prozent sinken. Nur dank dem Wahlsystem (dem sogenannten verstärkten Proporz) blieb Karamanlis am Ruder. Unter dem Eindruck des «Traumas» vom November 1977 entschloss sich der «strenge Makedonier» dann, sein Kabinett und seine Partei durch die Aufnahme zentristischer Politiker zu erweitern.

Im Zuge jener Erweiterung stiess auch Kostas Mitsotakis zu den Neodemokraten. Im Laufe der Zeit vermochte er, der von vielen Neodemokraten als «Fremdkörper» empfunden wurde, seine Stellung innerhalb der von Karamanlis gegründeten Partei zu festigen. Als Gegenpol zu Andreas Papandreou, als «Anti-Andreas-Gestalt», wurde er zum Parteipräsidenten gewählt. Und durch einen geschickten Kampf trug er zum Comeback der Nea Dimokratia im April 1990 in hohem Masse bei. Es steht heute fest, dass Mitsotakis von vielen seiner Gegner und Kritiker unterschätzt worden ist. Er hat nicht das Charisma eines die Volksmassen begeisternden Führers, was in einem mediterranen Land, wo die Gemüter sich leicht erregen, auch von Vorteil sein kann. Der ausgezeichnete Jurist und gute Kenner der Wirtschaftsfragen verfügt aber über langjährige Erfahrung in politischen und administrativen Angelegenheiten. Er hat sprichwörtlich eiserne Nerven und ein ausgesprochenes Sensorium für das politisch Machbare.

Durch den Sieg bei den Parlamentswahlen vom 8. April 1990, die Übernahme der Regierungsverantwortung und das Erlangen des Vertrauensvotums widerlegte Kostas Mitsotakis jene verbreitete Behauptung, er, einer der «Dinosaurier» der politischen Klasse, könne keine gewichtige Rolle mehr spielen. Die politische Wende in Griechenland geht weitgehend aufs Konto des zielstrebigen, selbstbewussten und nicht emotional handelnden Kreters. Das Comeback der Nea Dimokratia ist allerdings mit schweren Hypotheken belastet. Die Pasok hat vor allem auf dem Wirtschaftssektor ein schweres Erbe hinterlassen. Die sozioökonomischen Probleme sind während der Periode der politischen Instabilität vom Juni 1989 bis zum April 1990 eher akzentuiert worden. Die horrenden Defizite im öffentlichen Sektor, die

starken inflationären Tendenzen, die leere Staatskasse, die «problematischen» (überschuldeten) Unternehmungen und die mit der geradezu zum System erhobenen Steuerhinterziehung verbundene Schattenwirtschaft sind nur wenige Aspekte der Wirtschaftsmisere. Die Kluft zwischen der hellenischen Ökonomie und der Wirtschaft der anderen EG-Länder wurde in den letzten Jahren immer tiefer.

Wird die Regierung Mitsotakis, deren absolute Mehrheit im Parlament zerbrechlich ist, die Schwierigkeiten bewältigen können? Ihre grundsätzlich liberale Wirtschaftsphilosophie ist an und für sich geeignet, der Privatinitiative Impulse zu verleihen und das Investitionsklima zu verbessern. Vieles wird allerdings von der konkreten Ausgestaltung dieser Wirtschaftsdoktrin abhängen. Das neodemokratische Kabinett muss zumindest einen grossen Teil der Arbeitnehmerschaft überzeugen, dass unpopuläre Massnahmen wie etwa die restriktive Einkommenspolitik letzten Endes zur Bekämpfung der Inflation und somit zur Erhaltung oder sogar zur Erhöhung der Reallöhne beitragen.

Rückkehr des Ethnarchen

Innenpolitisch, vor allem aber auf dem internationalen Parkett, bedeutet die am 4. Mai 1990 erfolgte Wahl Konstantinos Karamanlis' zum Präsidenten der Republik für die Regierung Mitsotakis eine nicht zu unterschätzende Rückenstärkung. Der «strenge Makedonier» pflegte in den vergangenen Jahren in privaten Gesprächen und zum Teil auch öffentlich Bedenken gegen ein Comeback geltend zu machen. Am Schluss entschied sich der 83jährige «Ethnarch», wie ihn seine zahlreichen Anhänger nennen, doch für eine Rückkehr in die Politik. Gewiss, seine Entscheidung hängt mit der Tatsache zusammen, dass der Vollblutpolitiker bei aller offiziellen politischen Abstinenz stets am öffentlichen Leben interessiert war. Im Grunde hatte Karamanlis nie ein Privatleben. Und dennoch: seine Bedenken gegen ein Comeback waren kein blosses Kokettieren. Karamanlis beschloss, die politische Bühne seines Landes (wenn auch, zumindest nach aussen hin, als lediglich «dekorativer» Staatschef) in einem Zeitpunkt erneut zu betreten, in dem die Probleme von gefährlicher Brisanz sind. Für den Mann, der immer mit Blick auf seine Stellung in der Geschichte zu handeln pflegt, lag darin ein Wagnis.

Pavlos Tzermias

[1] Vgl. Pavlos Tzermias, Unheilige oder heilige Allianz?, Der Regierungswechsel in Griechenland, Schweizer Monatshefte, 69. Jahr, Heft 9, September 1989, S. 682 ff. — [2] Näheres bei Pavlos Tzermias, Neugriechische Geschichte, Eine Einführung, Tübingen 1986, S. 191 ff.

China ein Jahr danach

Was will China?

Im Jahre 1793 begab sich Lord Macartney im Auftrag des britischen Königs, George III., an den Hof des chinesischen Kaisers Qianlong mit dem Auftrag, diplomatische Beziehungen zwischen den beiden Ländern herzustellen und die Handelsbeziehungen zwischen China und Grossbritannien zu verbessern. Qianlong liess antworten, im Reich der Mitte würden die Beziehungen mit dem Ausland seit Menschengedenken mittels des Tributsystems geregelt; die Vorstellung von gleichwertigen diplomatischen Beziehungen mit andern Ländern sei dem chinesischen Kaiserreich fremd. Zum Handel mit China meinte der Kaiser, China habe alles, was es brauche, und lege keinen Wert auf die Fabrikate aus England. Der chinesische Kaiser werde den Briten aber den Zugang zu den chinesischen Reichtümern nicht verwehren, solange sie sich an die geltenden Bestimmungen hielten. Macartney kehrte unverrichteter Dinge zurück.

Hundert Jahre später, 1893, als Mao Zedong geboren wurde, war aus dem reichen (*fu*) und starken (*qiang*) Reich ein armes und schwaches Land geworden. An Bemühungen, den früheren Zustand wieder herzustellen, fehlte es seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht. Doch keine Bewegung, keine Reform und keine Revolution brachte die innigst ersehnte Wende.

Mit dem Sieg der Kommunisten über die von Chiang Kai-shek geführten Nationalisten war eine neue Ausgangslage geschaffen. Am 1. Oktober 1949 gründeten die chinesischen Kommunisten die Volksrepublik und waren überzeugt, endlich den richtigen Weg, den sozialistischen, gefunden zu haben. Am 30. Juni 1949, kurz vor der Machtübernahme, stellte Mao in seinem Aufsatz «Über die demokratische Diktatur des Volkes» fest: *«Alles andere wurde ausprobiert, führte aber zum Misserfolg.*[1]» Damit meinte er, China könne nur unter Führung der Kommunistischen Partei (KP) wieder erstarken. Das Ziel hatte sich somit nach der Machtübernahme der Kommunisten nicht geändert. Auch die KP wollte aus China ein reiches und starkes Land machen.

Der chinesische Kommunismus hatte von Anfang an einen stark ausgeprägten instrumentalen Charakter und hat sich immer wieder an der Praxis orientiert. Wichtige theoretische Grundlagen waren anfangs überhaupt nicht vorhanden, sondern wurden erst im Verlauf der Geschichte der KP Chinas nachgeliefert. Dieses Muster ist auch seit dem Tod Maos erkennbar: Deng Xiaopings Wirtschaftsreformen wurden in Angriff genommen *vor* ihrer Begründung. Diese wurde erst auf dem XIII. Parteitag, im Herbst 1987, vom damaligen Generalsekretär der Partei (Zhao Ziyang) in Form der neuen Lehre über das Anfangsstadium des Sozialismus vorgenommen. Und selbst diese Theorie war eher eine Rechtfertigung für den damaligen Kurs der Reform als eine Begründung. Denn Zhao Ziyang erklärte in seinem Bericht auch:

«Das Anfangsstadium des Sozialismus ist ein sehr langer historischer Ent-

wicklungsprozess. Über viele Aspekte, wie die Beschaffenheit dieses Anfangsstadiums, dessen Widersprüche, Evolution und Gesetzmässigkeiten, haben wir nur wenige, oberflächliche Erkenntnisse. Ein grosser Teil unserer Richtlinien, unserer Politik und unserer Theorien muss noch vervollkommnet werden und mit der Entwicklung der Praxis unablässig überprüft, ergänzt, revidiert und auf ein neues Niveau gehoben werden.[2]»

Damit soll nicht der Eindruck erweckt werden, der chinesische Kommunismus habe keinen Dogmatismus gekannt; dabei ist im Gegenteil die Geschichte der KP voll von Machtkämpfen, die in Form von Linienkämpfen ausgetragen wurden. Wer in einem solchen Kampf unterlag, wurde ins Unrecht versetzt und als Element auf der «falschen» Linie, als Konterrevolutionär oder Opportunist etwa, gebrandmarkt, der umerzogen und schlimmstenfalls liquidiert werden musste.

Auf dem Langen Marsch von 1934—1935 führten verschiedene Wege nach Yan'an. In ähnlicher Weise wurden in der 40jährigen Geschichte der Volksrepublik (VR) China von den führenden Seilschaften verschiedene Routen zum Gipfel gewählt. Dabei wurden, insbesondere von Mao Zedong, auch Abkürzungen gesucht, die sich im nachhinein als Umwege erwiesen und von der heutigen Führung als Irrwege eingestuft werden. Die beiden bekanntesten Beispiele sind der «Grosse Sprung nach vorn» von 1958 und die «Kulturrevolution» von 1966—1976.

Die Frage, ob China inzwischen sein Ziel erreicht hat, muss — bei allen Fortschritten, die seit der Gründung der VR China festzustellen sind — mit einem klaren Nein beantwortet werden. Zhao Ziyang ist inzwischen entmachtet worden. Doch seine Theorie vom Anfangsstadium des Sozialismus wurde bislang nicht widerrufen. Das heisst wohl, dass auch die heutige Führung weiss, dass es noch lange dauern wird, bis China relativ reich und mächtig sein wird. Im bereits erwähnten Bericht von Zhao Ziyang heisst es dazu:

«Was ist das für eine historische Etappe, das Anfangsstadium des Sozialismus in China? Es handelt sich nicht allgemein um eine frühe Stufe, die jeder Staat, tritt er in den Sozialismus ein, durchmachen muss, sondern es handelt sich um ein spezifisches Stadium, das China beim Aufbau des Sozialismus unter den Bedingungen der rückständigen Produktivkräfte und der unterentwickelten Warenwirtschaft unumgänglich durchlaufen muss. Von der wesentlichen Vollendung der sozialistischen Umgestaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln in den fünfziger Jahren bis hin zur wesentlichen Verwirklichung der sozialistischen Modernisierung benötigt China wenigstens hundert Jahre; dieser Zeitabschnitt gehört zum Anfangsstadium des Sozialismus. Dieses Stadium unterscheidet sich sowohl von der Übergangsperiode, in der die Grundlagen der sozialistischen Wirtschaft noch nicht gelegt worden waren, als auch von dem Stadium des Sozialismus, in dem die sozialistische Modernisierung schon realisiert ist.[3]»

Wo steht China heute?

Für eine Standortbestimmung ist ein Blick zurück nützlich. In einer ersten Phase, die mit dem VIII. Parteitag im Jahre 1956 zu Ende ging, wurden die Grundlagen für eine sozialistische Wirtschaft geschaffen: Die Produktionsverhältnisse wurden verändert,

indem das Privateigentum an den Produktionsmitteln eine sozialistische Umgestaltung erfuhr. In der Landwirtschaft führte dieser Prozess zur Kollektivierung; in Industrie, Gewerbe und Handel kam es im wesentlichen entweder zur Verstaatlichung oder zur Kollektivierung. Diese Umgestaltung wurde von den Initianten als Klassenkampf definiert, der notwendig war, um die Geschichte voranzutreiben, bzw. als Kampf, aus dem das Proletariat unter der Leitung seiner Avantgarde, der KP Chinas, siegreich hervorging.

Nach dem VIII. Parteitag war man sich einig, dass der Klassenkampf nun im wesentlichen beendet war und dass die Partei fortan ihre Aufmerksamkeit der Entwicklung der Produktivkräfte, bzw. der Modernisierung des Landes widmen sollte.

An der Frage, wie die Modernisierung Chinas zu bewerkstelligen sei, schieden sich indessen bald einmal die Geister. Mao glaubte, zu diesem Zweck die Massen — bestehend aus neuen, altruistisch gesinnten Menschen — mobilisieren zu können. Seine Widersacher, insbesondere Liu Shaoqi, der 1959, nach dem Fehlschlag des «Grossen Sprungs nach vorn», Mao Zedong als Präsidenten der VR China ablöste, waren anderer Meinung. Sie glaubten, die Aufgabe wäre leichter zu lösen, wenn man den Werktätigen, namentlich den Arbeitern und Bauern, materielle Anreize und grössere Freiheiten gewähren würde. Darin wiederum witterte Mao bereits den Versuch von Parteimitgliedern, in China den Kapitalismus restaurieren zu wollen, und erklärte den Klassenkampf erneut zum Hauptwiderspruch. Er fand in Lin Biao, dem neuen Verteidigungsminister, einen treuen Gefährten. Gemeinsam mit ihm und anderen Linksradikalen innerhalb der Partei entfesselte Mao 1966 die «Kulturrevolution», die u. a. auch Liu Shaoqi das Leben kosten sollte.

«Der Bericht des amerikanischen State Departements über die Missachtung von Menschenrechten in China, der am 21. Februar veröffentlicht wurde, wies auf eine bedeutende Verstärkung der totalitären Massnahmen zu Kontrolle der politischen Meinung hin. Im Februar hat ‹Asia watch›, eine Organisation für Menschenrechte, ihrerseits einen ins Detail gehenden Bericht veröffentlicht, der auch die Berichte von ‹Amnesty International› bestätigte. Erstaunlicherweise scheint die Menschenrechtskonvention der Vereinten Nationen es anders zu sehen. In ihrer Märztagung ist sie auf die Missstände in Kuba, Iran und Irak eingegangen, hat aber China mit keinem Wort erwähnt. Sie hat sich begnügt, den Generalsekretär Perez de Cuellar zu ersuchen, ihr für die nächste Zusammenkunft zusätzliche Informationen, inbegriffen jene, die die chinesische Regierung liefert, mitzuteilen.»

Index on Censorhip, Mai 1990, London

In diesem Zusammenhang muss unterstrichen werden, dass auch die Kulturrevolutionäre die Notwendigkeit der Modernisierung Chinas nicht in Abrede stellten. Selbst im Vorwort zu den «Worten des Vorsitzenden Mao Zedong», hierzulande besser unter dem Namen «Rotes Büchlein» bekannt, schrieb Lin Biao im Dezember 1966, die Modernisierung von Landwirtschaft, Industrie, von Wissenschaft und Kultur und der Landesverteidigung — später einfach als die «Vier Modernisierungen» (*sige xiandaihua*) bezeichnet — sei voranzutreiben[4].

Die Zeit zwischen dem Tod Maos im September 1976 und dem 3. Plenum des XI. Zentralkomitees (ZK) im Dezember 1978 muss aus heutiger Sicht als Übergangszeit betrachtet werden, während der die von Mao Zedong, Lin Biao und der «Viererbande» drangsalierten Kader ihre Rückkehr zur Macht vorbereiten konnten. Von aussen gesehen war diese Entwicklung nicht ohne weiteres erkennbar, weil Hua Guofeng, der Nachfolger Maos, sowohl die linksradikale Politik der im Oktober 1976 verhafteten «Viererbande» als auch den von ihm als «rechts» eingestufen Kurs Deng Xiaopings kritisierte (Deng war als Gefolgsmann von Liu Shaoqi und Zhou Enlai letztmals im April 1976 in Ungnade gefallen). Doch der Schein trog: Hinter der Fassade von Hua Guofeng formierten sich die Opfer der «Kulturrevolution» so schnell, dass Deng Xiaoping nach gut zwei Jahren auf dem oben erwähnten 3. Plenum vom 18.—22. Dezember 1978 faktisch die Macht übernehmen konnte.

Deng knüpfte an das Programm an, das der VIII. Parteitag 1956 verabschiedet hatte und das zwischen der Katastrophe des «Grossen Sprungs nach vorn» und dem noch grösseren Unglück der «Kulturrevolution», also zwischen 1959 und 1965, teilweise und zeitweilig reaktiviert werden konnte. Auf dem 3. Plenum im Dezember 1978 wurde erneut festgehalten, dass die Phase des Klassenkampfes im wesentlichen abgeschlossen sei und die Fortsetzung der Revolution nun in der Entwicklung der Produktivkräfte bestehe. Die Partei beschloss, den Schwerpunkt der Arbeit von 1979 an ganz auf die sozialistische Modernisierung zu verlegen.

Ein Klima der Reform

Das von Deng Xiaoping lancierte Reformprogramm hat innerhalb von nur zehn Jahren das Antlitz Chinas sichtbar verändert. In der Landwirtschaft und in der Industrie waren jahrelang aussergewöhnlich hohe — bisweilen viel zu hohe — Wachstumsraten zu verzeichnen. Im wissenschaftlichen und kulturellen Bereich begannen wieder einmal «hundert Blumen» zu blühen, und die Öffnung nach aussen wirkte sich hüben und drüben befruchtend aus.

Nicht nur im Ausland, sondern auch in der VR China entstand in diesem Klima der Reform der Eindruck, China habe sich von den Mao-Zedong-Ideen losgelöst und befinde sich auf dem Weg zu einem Land, das, ähnlich wie die Bundesrepublik Deutschland, eine soziale Marktwirtschaft praktizieren wolle. Die VR China schien denn auch dem «Westen» näher zu sein als der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern in Osteuropa vor dem Umbruch im Jahre 1989.

Dass diese Vorstellungen falsch waren, hätte jedermann wissen können, der Deng Xiaoping ernstnahm. Dieser hatte nämlich 1979 klipp und klar erklärt, die Reform und die Öffnung, also die neue Wirtschaftspolitik Chinas, könne nur verwirklicht werden, wenn sie auf der Grundlage von vier Prinzipien basiere. Diese lauteten: Festhalten 1. am sozialistischen Weg, 2. an der Diktatur des Proletariats (bzw. des Volkes), 3. an der Führung durch die Kommunistische Partei, 4. am Marxismus-Leninismus und an den Mao-Zedong-Ideen[5].

Auf dem XIII. Parteitag vom 25. Oktober bis 1. November 1987 wurden die wesentlichen Elemente des

politischen Leitmotivs zusammengefasst in der Formel: *ein Mittelpunkt und zwei Grundsätze.* Darunter ist folgende Politik zu verstehen: den Wirtschaftsaufbau in den Mittelpunkt stellen (ein Mittelpunkt) und sowohl an den Vier Grundprinzipien als auch an der Reform und Öffnung festhalten (zwei Grundsätze).

Dieser Kurs wurde auf dem 4. Plenum des XIII. ZK vom 23. und 24. Juni 1989 bestätigt. Im Communiqué heisst es u. a.: *«Die Plenartagung unterstrich die Notwendigkeit, die seit der 3. Plenartagung des XI. ZK der Partei ausgearbeiteten Linie, Richtlinien und politischen Massnahmen weiter durchzusetzen und die vom XIII. Parteitag festgelegte grundlegende Linie (. . .) weiter in die Tat umzusetzen.*[6]»

Auch das 5. Plenum des XIII. ZK, das vom 6.—9. November 1989 stattfand, bekannte sich zu diesem Kurs. Im Communiqué vom 9. November 1989 wird erklärt: *«Die Plenartagung wies darauf hin, dass wir in den vergangenen zehn Jahren seit der 3. Plenartagung des XI. ZK den Wirtschaftsaufbau als die zentrale Aufgabe betrachteten und an den Vier Grundprinzipien und an der Reform- und Öffnungspolitik festhielten.*[7]»

Die chinesische Führung hat wiederholt darauf hingewiesen, dass die Durchführung der Reformen nicht reibungslos verlief. Doch sie war stets optimistisch in ihrer Einschätzung, diese Mängel beheben zu können. Im eben erwähnten Communiqué vom 9. November 1989 steht diesbezüglich: *«Gleichzeitig ist unsere Wirtschaft bei ihrer Entwicklung mit vielen Problemen und Schwierigkeiten konfrontiert. Diese Probleme und Schwierigkeiten wurden jahrelang angehäuft. Was den Charakter unserer gegenwärtigen Schwierigkeiten anbelangt, sind sie Schwierigkeiten auf dem Weg des Fortschritts und von temporärem Charakter, weshalb wir sie vollständig überwinden können.*[8]»

Zhao Ziyang beschrieb die menschlichen Schwächen und Fehler, die den Reformkurs begleiten, in seinem bereits erwähnten Bericht von 1987 mit den Worten:

«Wir müssen unsere Partei folgendermassen bewerten: Allgemein gesagt, ist sie in der Lage, schwierige Prüfungen zu bestehen, und sie besitzt die Kraft, die verschiedenen negativen und korrupten Erscheinungen zu bekämpfen. Gleichzeitig besteht die Möglichkeit, dass einige wenige Parteimitglieder bei der Prüfung versagen. Seit Jahren sind folgende üble Erscheinungen bei manchen Parteimitgliedern häufig aufgetreten: Steuerhinterziehung, Schmuggel, Schiebergeschäfte, Bestechung, Verstösse bei der Gesetzesausführung, Erpressung von Geld oder anderen Wertsachen, Unterschlagung und Diebstahl, Verrat von Staatsgeheimnissen und Wirtschaftsinformationen, Disziplinverletzung bei der Behandlung auswärtiger Angelegenheiten, Günstlings- und Vetternwirtschaft, Vergeltungssucht, unmoralisches Verhalten usw.[9]»

Nebst menschlichem Versagen gab es viele andere Probleme wirtschaftlicher Natur, die den Planern zu schaffen machten. Im Vordergrund stand in den letzten Jahren die Abkühlung einer überhitzten und unproportional entwickelten Wirtschaft. Diesem Problemkreis widmete sich das 3. Plenum des XIII. ZK vom 26.—30. September 1988. Damals wurde beschlossen, die Wirtschaft zu sanieren und die Reform zu vertiefen. Weil damit die Forderung verbunden war *«für einige Jahre ein sparsames Leben zu führen»*[10], ist diese

Politik auch unter dem Namen «Austeritätspolitik» bekannt geworden.

Auf dem 5. Plenum des XIII. ZK vom 6.—9. November 1989 wurde beschlossen, an dieser Politik festzuhalten und die nachgenannten Ziele zu verfolgen:

«Die Plenartagung hat beschlossen, die Aufgaben der Gesundung und Ordnung der Wirtschaft in drei Jahren (einschliesslich dieses Jahres) oder etwas mehr im grossen und ganzen zu erfüllen. Die wichtigsten Ziele dieser Aufgabe sind: die Inflationsrate allmählich zu reduzieren; die landesweite Preissteigerungsrate im Einzelhandel schrittweise unter 10 Prozent herunterzudrücken; die Situation, in der die Emission von Banknoten das Wirtschaftswachstum übersteigt, zu verändern und allmählich eine Ausgewogenheit zwischen der jährlichen Emission von Banknoten und den vernünftigen Bedürfnissen des jährlichen Wirtschaftswachstums zu realisieren; ein Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben anzustreben; das Finanzdefizit schrittweise zu tilgen; auf der Basis intensiver Verbesserung der wirtschaftlichen Effizienz und der wirtschaftlichen Qualität und der Erhöhung des wissenschaftlich-technischen Niveaus eine angemessene Wirtschaftswachstumsrate aufrechtzuerhalten und nach einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts von 5 bis 6 Prozent zu streben; die unvernünftige Struktur der Produktionszweige zu verbessern und danach zu streben, die Produktion der wichtigsten Agrarprodukte schrittweise zu steigern, die Energie- und Roh- und Werkstoffknappheit und die Unzulänglichkeit der Transporteinrichtungen allmählich abzubauen; die verschiedenen Reformmassnahmen weiterhin zu vertiefen und zu vervollständigen und ein globales Steuerrungssystem schrittweise zu errichten, das dem Prinzip der Verbindung der Planwirtschaft mit der Regulierung durch den Markt entspricht, und in dem ökonomische, administrative und gesetzliche Mittel umfassend eingesetzt werden.[11]»

Von einer wirtschaftspolitischen Änderung seit dem 4. Juni 1989 kann somit keine Rede sein. Der Nationale Volkskongress (NVK), das Parlament der VR China, hat vor kurzem die offizielle Politik der KP Chinas bestätigt. Auf der 3. Tagung des VII. NVK, der vom 20. März — 4. April 1990 tagte, basierten die Diskussionen und Beschlüsse auch auf der bereits erklärten Formel: *ein Mittelpunkt, zwei Grundsätze.*

Folgen der Repression

Ministerpräsident Li Peng betonte in seinem Tätigkeitsbericht der Regierung am 20. März, bei der Sanierung der Wirtschaft, die u. a. mit Rezentralisierungsmassnahmen verbunden ist, sowie bei der Vertiefung der Reform, seien beachtliche Erfolge erzielt worden[12]. Wenn Änderungen zu verzeichnen sind, so müssen sie im politisch-ideologischen Bereich gesucht werden. Li Peng konstatiert in seinem Bericht: *«eine neue Wende»* sei *«auf politisch-ideologischem Gebiet eingeleitet»* worden[13]. Ideologische Schulung, Disziplinierung, Umerziehung und andere drakonische Massnahmen sind auf der Tagesordnung. Das Klima ist wieder rauh und frostig und wird nicht nur von den Ausländern, sondern auch von den Chinesen, die betroffen sind, und das sind insbesondere Intellektuelle, als schwer erträgliche Kälte empfunden.

Was die bekannten schrecklichen Ereignisse vom 4. Juni 1989 betrifft, auf die zurückzukommen ist, ist in unserm Zusammenhang nur die Frage wichtig, ob — und allenfalls wie — sich die gewaltsame Unterdrückung der Demokratiebewegung auf die chinesische Wirtschaft ausgewirkt hat. Aus dem bereits Gesagten geht hervor, dass der Konflikt keine Kursänderung mit sich gebracht hat. Die neue Führung unter Generalsekretär Jiang Zemin setzt die 1988 beschlossene Austeritätspolitik fort.

Dennoch haben die Unruhen vom Frühling 1989 auch in wirtschaftlicher Hinsicht Auswirkungen gehabt. Im Inland war der Produktionsausfall vorübergehend beträchtlich. Zum Erliegen kam die chinesische Wirtschaft allerdings nicht. Im erwähnten Bericht von Li Peng heisst es diesbezüglich: *«Die Ereignisse des letzten Jahres haben die Sanierung der Wirtschaft und die Vertiefung der Reform sehr gestört und der Wirtschaft unseres Landes sehr grosse Schäden zugefügt.*[14]»

Grosse Sorgen bereiteten der Führung in Beijing auch die Reaktionen des Auslands. Die Proteste aus aller Welt waren lautstark. Sofern sie mit Sanktionen und Kreditrestriktionen verbunden waren, vermochten sie die chinesische Wirtschaft empfindlich zu treffen, und dies in einer prekären Situation.

Doch hatten Partei und Regierung nach der Anwendung von Massnahmen äusserster Härte die Zügel in relativ kurzer Zeit wieder fest in der Hand. Auch kehrten die Geschäftsleute aus dem Ausland im allgemeinen schneller als erwartet zurück.

In zweifacher Hinsicht hatten sich die Juni-Ereignisse indirekt sogar positiv ausgewirkt: Im Lande selbst herrschten wieder Ruhe und Ordnung, bzw. *«Stabilität und Einheit»*, wie die Sprachregelung lautet, und mehr Disziplin als zuvor. Davon profitierten die in der VR China tätigen Ausländer ebenso wie von den Bestrebungen der chinesischen Seite, nach dem 4. Juni den Wünschen der Fremden soweit als möglich entgegenzukommen.

Prospektionen

Unter der Voraussetzung, dass die vorgeschlagenen Wirtschaftsmassnahmen greifen und keine neuen Unruhen im Lande entstehen, darf erwartet werden, dass die chinesische Wirtschaft zumindest mit dem Bevölkerungswachstum Schritt halten kann und bestenfalls mittelfristig bessere Lebensbedingungen geschaffen werden können. Schlimmstenfalls wären nach dem Tode von Deng Xiaoping — wie nach dem Tode von Mao Zedong — vorübergehend bürgerkriegsähnliche Spannungen zu erwarten vor einer neuen Machtkonsolisierung. Wenig wahrscheinlich scheint mir das Überschwappen der Revolution in Osteuropa auf die VR China. Das alte Reich der Mitte kann diesbezüglich nicht mit Europa verglichen werden. Dies ist auch der Grund, weshalb in China die Demokratisierung, falls sie tatsächlich stattfinden sollte, zweifellos einen ganz andern Verlauf nähme, als wir uns vorzustellen gewohnt sind.

Schliesslich soll die Frage gestellt werden, wie sich die VR China inskünftig gegenüber dem Ausland verhalten wird. Theoretisch gibt es folgende Möglichkeiten: China zieht sich, wie auch schon und im Widerspruch zu allen Beteuerungen, dass dies nicht mehr geschehen werde, von der Weltbühne

zurück und begibt sich freiwillig in die Isolation. China könnte anderseits die gegenwärtigen, bereits bestehenden globalen Verflechtungen noch intensivieren und sich nach allen Seiten noch weiter öffnen. China könnte aber auch auf eine Region setzen, könnte sich enger mit Japan verbinden, mit der Sowjetunion, mit den USA, mit Europa oder mit der Dritten Welt.

Das sind nicht einfach Gedankenspiele, obwohl China wahrscheinlich eher mit den USA kooperieren will als mit Ländern der Dritten Welt. China hat schon einmal, in den sechziger Jahren, auf diese Karte gesetzt und die Verbindung mit dieser Welt, vor allem mit den neu entstehenden Staaten in Afrika, gesucht. Bewährt hat sich aus verschiedenen Gründen diese Verbindung nicht, insbesondere deshalb, weil die Dritte Welt in wirtschaftlicher Hinsicht kein Ersatz für die Erste Welt — die Welt der Supermächte — und die Zweite Welt — die Welt der industrialisierten Staaten — war.

Welche Prospektion ist denn nun die wahrscheinlichste? Ich bin überzeugt, dass China nicht in sich zurückfallen wird, sondern mehr und mehr mit der übrigen Welt verflochten sein wird. China ist doch bestrebt, wieder reich (*fu*) und stark (*qiang*) zu werden und einen würdigen Platz in der Welt einzunehmen. Bei Li Peng ist nachzulesen, China müsse am sozialistischen Weg und an der Führung durch die KP festhalten, damit *«die staatliche Unabhängigkeit und die nationale Würde bewahrt und die Modernisierung verwirklicht werden»* könne[15].

Dies bedeutet, von den Supermächten und den übrigen Staaten von besonderem Gewicht ernstgenommen zu werden, ohne in ihre Abhängigkeit zu geraten. Das aber ist nur möglich, wenn China seine Beziehungen zu allen Seiten pflegt. Li Peng weist auf diesen Sachverhalt hin mit den Worten: *«Unsere Regierung hat wiederholt bekräftigt, dass wir das bereits geöffnete Tor nicht wieder verschliessen werden, gleichgültig, was in der Welt geschieht. Heute müssen wir alle für uns nützlichen internationalen Bedingungen nutzen, die zeitweiligen Schwierigkeiten überwinden und gestützt auf die eigene Kraft unsere Öffnungspolitik noch beständiger und wirksamer durchführen.*[16]»

Norbert Meienberger

[1] Mao Tse-tung, Ausgewählte Werke, Band IV, Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking 1969, S. 441. — [2] Beijing Rundschau (BR) Nr. 45 (10. November 1987) S. XXXII. — [3] ibid. S. V—VI. — [4] Worte des Vorsitzenden Mao Tse-tung, Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking 1967, S. V. («Rotes Büchlein»). — [5] Deng Xiaoping, Ausgewählte Schriften (1975—1982), Verlag für fremdsprachige Literatur, Beijing 1983, S. 194 (Rede, gehalten am 30. März 1979). — [6] BR Nr. 27 (4. Juli 1989) S. 4. — [7] BR Nr. 47 (21. November 1989), S. 16. — [8] ibid. — [9] BR Nr. 45 (10. November 1987) S. XXIX. — [10] BR Nr. 47 (21. November 1989) S. 17. — [11] ibid. — [12] BR Nr. 16 (17. April 1990) S. I. — [13] ibid. — [14] BR Nr. 16 (17. April 1990) S. II. — [15] ibid. S. VI. — [16] ibid. S. XIX.